



STAATSKANZLEI

Mainz, 27.05.2020

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Almut Rusbüldt
Stellvertretende Sprecherin
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4666

Janosch Littig
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Regierungserklärung von
Ministerpräsidentin Malu Dreyer
„Rheinland-Pfalz muss stark aus der Corona-Krise hervorgehen“**

102. Plenarsitzung am 27. Mai 2020

**Redemanuskript
Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: Redebeginn**



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 27.05.2020

Seit dem 20. April gehen wir in Rheinland-Pfalz Schritt für Schritt in einen veränderten Alltag. Die Geschäfte haben unter Auflagen wieder geöffnet. Auf den Straßen und Plätzen treffen jetzt mehr Menschen zusammen. Wir können uns auch wieder mit einer befreundeten Familie treffen. Diese Erleichterungen tun uns allen gut.

Bis zu den Sommerferien kehren auch alle Schüler und Schülerinnen zumindest zeitweise in ihre Klassen zurück. Anfang Juni gehen alle Kinder wieder in ihre Kitas, wengleich zuerst nur in einem eingeschränkten Regelbetrieb. Mit dem heutigen Tag können auch Theater, Kinos und Fitnessstudios unter Auflagen wieder öffnen. Viele Wanderer wird es freuen: Auch der Thekenverkauf ist wieder gestattet.

Jeden Schritt hat die Landesregierung gemeinsam im Corona-Kabinett beschlossen. Wir können die Lockerungen jetzt verantworten, weil die Zahlen der Neuinfektionen sehr niedrig sind und sogar weiterhin sinken. In den vergangenen sieben Tagen haben sich landesweit insgesamt nur etwa 100 Menschen neu angesteckt. Bei den Infizierten in sieben Tagen pro 100.000 Einwohnern liegen wir aktuell bei drei – weit unter der kritischen Marke von 50. Viele Landkreise und kreisfreie Städte verzeichnen sogar schon zwei Wochen oder noch länger gar keine Neuinfektionen mehr.

Gestern waren zum ersten Mal seit dem 16. März weniger als 300 Menschen landesweit aktiv infiziert. Auch in unseren Krankenhäusern hat sich die Lage entspannt. Es sind nur noch elf von den mehr als 1.000 Beatmungsbetten wegen COVID-19 belegt.

Das alles zeigt: Wir können mehr Normalität wagen. Wir können mutig sein. Aber wir dürfen nicht übermütig werden. Denn die Pandemie ist noch nicht vorbei. Es ist ein Trugschluss zu glauben, die Politik habe unnötig Panik verbreitet, weil uns das Virus nicht so hart getroffen hat wie Italien, Frankreich oder Spanien. Corona ist auch keine Erfindung oder das Werk dunkler Mächte. COVID-19 ist eine hoch ansteckende Krankheit, die für nicht wenige Menschen eine tödliche Gefahr darstellt. Schon eine einzige Veranstaltung kann wieder zu einem Anstieg der Infektionen führen, wie wir es letzte Woche im niedersächsischen Leer und in Frankfurt erlebt haben.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 27.05.2020

Diejenigen, die jetzt Corona-Partys feiern oder ohne Abstand demonstrieren, gefährden deshalb nicht nur sich selbst, sondern auch andere. „Ich schütze dich – du schützt mich“ bleibt weiter das oberste Gebot. Nur wenn wir alle die Abstands- und Hygieneregeln einhalten, können wir das Virus in Schach halten.

Noch immer gewinnen wir jeden Tag neue Erkenntnisse über die Verbreitung und die Auswirkungen dieses Virus. Es ist gut, dass wir über die neuesten Forschungen und die besten Wege aus der Krise debattieren. Das ist eine Stärke unserer freiheitlichen Demokratie. Aber es reicht nicht, einfach nur Grundfreiheiten gegen die Corona-Einschränkungen in Stellung zu bringen. Auch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist ein Grundrecht. Wir müssen weiter bestmöglich die Waage halten zwischen dem Gesundheitsschutz auf der einen und den Freiheitsrechten auf der anderen Seite. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Das Dilemma, dabei das richtige Maß zu finden, zeigt sich deutlich im Blick auf die Schulen und Kitas. Es gibt einerseits die Eltern, Erzieher und Erzieherinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen, die Angst haben vor einer Infektion. Auf der anderen Seite gibt es die Familien, die darauf drängen, dass ihre Kinder endlich wieder Freunde treffen können, gemeinsam spielen und lernen. Dazwischen abzuwägen, ist nicht leicht. Wir müssen unter Corona-Bedingungen handeln.

Wir wissen, dass die einschneidenden Maßnahmen insbesondere die Familien hart treffen. Viele Frauen stecken beruflich zurück. Kinder, die es ohnehin schwer haben, belasten die Kontaktbeschränkungen besonders.

Deshalb hat die Landesregierung seit Beginn der Corona-Krise die Familien ganz klar im Blick. Rheinland-Pfalz hat anders als andere Länder die Notbetreuung von Anfang an für alle geöffnet, die sie brauchen: für Alleinerziehende; für Eltern, die ihre Kinder nicht zuhause betreuen können; und für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Für Schüler und Schülerinnen, die für ihre Aufgaben keinen PC oder Tablet besitzen, haben wir gemeinsam mit den Kommunen 37 000 Leihgeräte zur Verfügung gestellt und werden weitere beschaffen. Und in vielen Gesprächen mit Schulleitungen hat das Bildungsministerium dafür Sorge getragen, dass Kinder bei zusätzlichem Bedarf Unterstützung erhalten.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 27.05.2020

Wir bieten außerdem mehr Feriensprachkurse an und machen für den Sommer weitere Angebote, die Freizeit und Förderung verbinden. Das wirkt doppelt; weil es auch die Eltern entlastet, die kaum mehr Urlaubstage haben und ihre Kinder dann gut aufgehoben wissen.

Wir haben intensiv darauf hingearbeitet, dass die Schulen jetzt für Schüler und Schülerinnen wieder offen sind. Die ganze Schulfamilie: Schulleitungen, Lehrer und Lehrerinnen, Personalvertretungen, Gewerkschaften, Schulträger, das Ministerium, Eltern und Kinder arbeiten gemeinsam daran, dass Schule unter Corona-Bedingungen weiter gut gelingt.

Das Gleiche gilt für die Kitas. Auch hier haben alle Beteiligten die Leitlinien für einen Neustart gemeinsam entwickelt. Unsere Kleinsten können nun ab Anfang Juni ihre Kindertagesstätten zumindest tages- oder stundenweise wieder besuchen. Diejenigen, die nach den Sommerferien eingeschult werden, dürfen vorrangig zurückkehren, um gemeinsam den Abschluss ihrer Kindergartenzeit zu erleben. Die Leitlinien sehen ausdrücklich vor, dass bei Betreuungsnotlagen eine Notbetreuung mit einem höheren Umfang weiterhin bereitgestellt wird.

Leicht ist die Situation für niemanden. Doch insgesamt haben die Schulen und die Kitas in enger Begleitung durch das Land die Betreuung und das Unterrichten hervorragend gemeistert. Allen Verantwortlichen sage ich dafür: Respekt und danke!

Ich bin mir sehr bewusst, dass der eingeschränkte Regelbetrieb für Familien weiter schwierig ist. Unser Ziel bleibt, noch im Sommer wieder zu einem normalen Kitabetrieb und direkt nach den Sommerferien wieder zu einem regulären Unterricht in den Schulen zurückzukehren. Daran halten wir fest. Für den Fall, dass das Infektionsgeschehen das nicht zulässt, wird der Fern- und Präsenzunterricht auf der Basis klarer Leitlinien ausgebaut.

Mit der „Zukunftsperspektive Rheinland-Pfalz“ hat die Landesregierung einen Stufenplan vorgelegt, mit dem wir den veränderten Alltag in Rheinland-Pfalz gestalten, das Infektionsrisiko im Blick behalten und allen Lebens- und Geschäftsbereichen eine Perspektive geben.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 27.05.2020

Dieser Stufenplan erlaubt uns, jederzeit flexibel auf das Infektionsgeschehen zu reagieren. Wenn wir sehen, dass durch bestimmte Lockerungen die Infektionen mit dem Corona-Virus steigen, können wir planvoll eine Stufe zurückgehen. Und wir können umgekehrt auch schneller lockern, wenn die Infektionszahlen niedrig bleiben.

Wir haben jetzt einen Punkt erreicht, wo weitere Lockerungsschritte möglich sind, sofern wir weiter Abstand halten, die Hygieneregeln befolgen und unsere Kontakte beschränken. Ich habe deshalb für die kommende Woche unsere kommunalen Spitzen zu einem Gespräch eingeladen, um mit ihnen Vereinbarungen zu treffen, wie wir die nächsten Monate in Rheinland-Pfalz gestalten wollen und welche Lockerungen wir schon schneller als geplant umsetzen können.

So wichtig es ist, regional angepasst zu handeln, so wichtig ist es auch, dass wir als Länder in Absprache mit dem Bund gemeinsame Grundsätze haben. Die unterschiedlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen dringend auf Bundesebene gebündelt werden. Und wir brauchen auch endlich die versprochene verlässliche App, um die Nachverfolgung von Kontaktpersonen zu erleichtern. Beides habe ich heute in einem Brief an die Kanzlerin eingefordert.

Maßgeblich bleibt zu jeder Zeit das Infektionsgeschehen. Um einen zuverlässigen Überblick über die Verbreitung des Corona-Virus im Land zu haben, wird die „Zukunftsperspektive Rheinland-Pfalz“ begleitet von einem nachhaltigen und effizienten Testkonzept. Sobald ein COVID-19-Fall auftritt, werden die unmittelbaren Kontaktpersonen ermittelt, in Quarantäne geschickt und getestet. Darüber hinaus werden immer mehr „anlassbezogene Populationstestungen“ durchgeführt. Das heißt, wenn eine Corona-Infektion in einer Einrichtung oder einem Unternehmen bekannt wird, werden wiederholt und unabhängig von Symptomen weitere Personen oder Personengruppen getestet: in einem Alten- oder Pflegeheim, im Krankenhaus, in Kindergärten, Schulen oder bestimmten Gemeinschaftsunterkünften. Begleitend zu den Schul- und Kitaöffnungen werden wir in ausgewählten Einrichtungen Stichproben in Form von Querschnittsuntersuchungen durchführen, um hieraus zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen.

Die Corona-Pandemie ist längst weit mehr als eine weltweite Gesundheitsgefahr. Sie droht auch zu einer schwerwiegenden ökonomischen Krise zu werden. Deshalb hat



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 27.05.2020

das Land sofort entschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Schäden für unsere Wirtschaft so gering wie möglich zu halten und die Arbeitsplätze zu schützen.

Für die Existenzsicherung unserer Unternehmen und Selbständigen hat Rheinland-Pfalz mit dem Nachtragshaushalt einen Schutzschild aufgestellt. Wir haben Programme für unsere Künstler und Künstlerinnen, unsere Vereine und ehrenamtlichen Initiativen aufgelegt. Die Maßnahmen wirken, aber natürlich muss es jetzt darum gehen, dass die Betriebe möglichst schnell wieder Tritt fassen.

Die Bundesregierung hat für Anfang Juni ein Konjunkturprogramm angekündigt, um der Wirtschaft neuen Schwung zu geben. Für uns ist klar: die Investitionen müssen nachhaltig sein, das heißt sie müssen die technologische und die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Dazu gehören auch Investitionen in Bildung und innovative Ideen. Die gewaltigen Mittel, die wir jetzt einsetzen, müssen die Wachstumsgrundlage für die Zukunft bilden.

Selbstverständlich werden wir zusammen mit dem Bund auch kleine und mittlere Unternehmen weiter unterstützen. Ich will aber auch ganz deutlich sagen, dass ich keinerlei Verständnis dafür habe, wenn aus Kreisen der CDU jetzt die Absenkung des Mindestlohns gefordert wird. Wer abends für diejenigen klatscht, die große Verantwortung tragen und wenig verdienen, aber im nächsten Moment den Mindestlohn kürzen will, macht Politik auf dem Rücken von Geringverdienern.

Das Land muss für 2020 mit weniger Steuereinnahmen rechnen: Zwei Milliarden Euro werden fehlen. Das trifft auch die Städte, Gemeinden und Landkreise. Sie müssen mit 638 Millionen Euro weniger auskommen. Deshalb hat die Landesregierung unmittelbar entschieden, einmalig die Hälfte der kommunalen Gewerbesteuermindereinnahmen des Jahres 2020 zu kompensieren. Insgesamt spannen wir über unsere Kommunen einen Rettungsschirm von 700 Millionen Euro.

Darüber hinaus erwarten wir, dass es mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung endlich auch zu einer Umsetzung der kommunalen Altschuldenhilfe kommt. Für diejenigen, die das verhindern wollen, habe ich ebenfalls keinerlei Verständnis. Unsere Kommunen müssen ihre Investitionstätigkeit auf hohem Niveau fortführen und die Belebung der Konjunktur unterstützen können.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 27.05.2020

Die Folgen der Pandemie werden wir nur mit viel Gemeinsinn und mit dem erklärten Willen, Teil einer Lösung zu sein, bewältigen. Dabei sollten wir die guten Erfahrungen der letzten Monate, die es auch gibt, als Schub nach vorne nutzen. So hat die Corona-Zeit einen enormen Digitalisierungsschub ausgelöst. Vieles war plötzlich möglich, was noch am Anfang des Jahres unvorstellbar erschien. Eine halbe Nation macht Homeoffice. Schulen und Universitäten haben ganz neue Lehr- und Lernmöglichkeiten erprobt. Und wir fliegen nicht mehr durch die halbe Welt, um an einer Konferenz teilzunehmen.

Die Corona-Krise hat auch gezeigt, wie sehr Mitmenschlichkeit und kompetente Zuwendung Grundpfeiler unserer Gesellschaft sind. Insbesondere die Pflegekräfte in den Altenheimen haben in den letzten Monaten Herausragendes geleistet, um die Bewohner und Bewohnerinnen zu versorgen, die keinen Besuch empfangen konnten. Den Bonus für Pflegekräfte in der Altenpflege ergänzt das Land mit rund 22 Millionen Euro. Aber diese Anerkennung darf keine einmalige Aktion sein! Ich setze mich weiter nachdrücklich für einen flächendeckenden Tarifvertrag in der Pflege ein, der dauerhaft eine angemessene Entlohnung sicherstellt.

Zusammen mit dem Corona-Bündnis, das ich ins Leben gerufen habe, und mit all unseren Partnern und Partnerinnen aus der Zivilgesellschaft, aus der Kultur und den Unternehmen werden wir in den kommenden Monaten gute Wege aus der Krise entwickeln. Dabei werden wir die Erfahrungen der Corona-Zeit für eine starke Zukunft unseres Landes nutzen. Die Bürger und Bürgerinnen und die Unternehmen können sich darauf verlassen: Die Landesregierung wird alles daransetzen, dass Rheinland-Pfalz stark aus der Krise hervorgeht.